

**Seit über 50 Jahren
 bewegen wir
 Immobilien
 in Berlin!**



**Wir vermarkten schnell,
 diskret und höchst
 professionell - unsere
 jahrzehntelange Erfahrung
 ist der maßgebliche
 Unterschied!**

WIR SUCHEN DRINGEND:

**MIETHÄUSER
 WOHNANLAGEN
 GESCHÄFTSHÄUSER**
 in ganz Berlin für
 bonitätsstarke
 Investoren

**Kaiserdamm 18
 14057 Berlin-Charlottenburg
 Tel. 030 - 3 26 51 71
 Fax 030 - 3 26 55 75**

**info@erwin-gruhn-immobilien.de
 www.erwin-gruhn-immobilien.de**



Haltbarkeitsdatum abgelaufen!

Dieter Blümmel
 Herausgeber

Stellen wir uns einmal folgendes Szenario vor: Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller bekommt heftige Bauchschmerzen – angesichts des dauerhaften Umfragetiefs seiner Partei nicht so weit hergeholt. Nehmen wir weiter an, Müller begibt sich zur Abklärung in die Charité, wo sich ein Dutzend Internisten-Koryphäen um ihn kümmern und einstimmig zum Ergebnis kommen, der Mann leide unter einer fortgeschrittenen Blinddarmentzündung und müsse sofort unters Messer. Würde Michael Müller auf diese Diagnose auch nur mit einem Wort antworten: „abenteuerlich“? Wenn allerdings der wissenschaftliche Beirat beim Bundeswirtschaftsministerium (er besteht aus 38 Hochschullehrern der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften) ein Gutachten zur Mietpolitik vorlegt, das dem Regierenden Bürgermeister quer in seiner kleinen ideologischen Welt kommt, reagiert er genau damit: „abenteuerlich“ sei das. Als Berliner muss man sich schämen, dass dem Stadtoberhaupt, das – ausgerechnet – auch noch das Ressort Wissenschaft und Forschung verantwortet (im von Müller derart desavouierten Beirat sitzen auch zwei Professoren der Humboldt-Universität), nichts einfällt. Kein Gegenargument. Keine Bereitschaft, über Vorschläge aus der Wissenschaft auch nur nachzudenken. Einfach nur „abenteuerlich“ – wie geistig erbärmlich ist das?

Dabei hatte der wissenschaftliche Beirat keineswegs eine Art gesellschaftliche Revolution ausgerufen. Er hat lediglich die Empfehlung ausgesprochen, die (weitgehend wirkungslose) Mietpreisbremse ersatzlos zu streichen, den sozialen Wohnungsbau zurückzufahren, um Fehlleitung von Subventionen zu verhindern, aber stattdessen das Wohngeld so zu reformieren, dass damit eine wirkliche soziale Wohnungspolitik

betrieben werden kann. Mit regelmäßiger Aktualisierung des Wohngeldes. Umstellung also auf eine Subjektförderung. Was soll daran falsch sein?

Der wissenschaftliche Beirat ist deutlich älter als der Regierende Bürgermeister von Berlin. Die Anfänge des Gremiums reichen zurück in das Jahr 1943, als weitsichtige Wissenschaftler das Land auf die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg vorbereiten wollten. Förmlich begründet wurde er 1948. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten u. a. die Professoren Franz Böhm, Walter Eucken, Alfred Müller-Armack, Oswald v. Nell-Breuning und Karl Schiller. Das waren noch Gestalten.

Heute regiert bestenfalls der Durchschnitt. Dazu zählt auch die Bundesjustizministerin Katarina Barley, der zu den Vorschlägen des Beirats auch nur wenig mehr als ein „unverantwortlich“ einfiel. Diese von purer Ideologie und ohne Rücksicht auf Fakten betriebene Herabwürdigung von Vorschlägen aus dem Bereich der Wissenschaft ist unverantwortlich und unanständig. Ich frage mich, wozu wir uns mit Milliardenbeträgen überhaupt noch Universitäten leisten und wissenschaftliche Exzellenz-Cluster schaffen sollen, wenn am Ende doch nur die Mittlere Reife regiert?

Zu Müllers verschärfter Tonart passt auch sein jüngster Vorschlag, Ausländer vom Wohnungskauf auszuschließen. Wem reicht der Mann da die Hände? Wie weit ist es von „Ausländer raus“ bis „Ausländer nicht mehr rein“?

Michael Müllers politisches Haltbarkeitsdatum ist längst abgelaufen. Seine einstmaligen Getreuen gehen ihm von der Fahne, als ob Unheil an seinen Stiefeln klebt, und schreiben ein Papier nach dem anderen, wie man sich sozialdemokratische Politik in Berlin vorstellt. Ohne Müller.



Zum Titelbild · Foto: Archiv

Kein Mobilitätsbereich hat in den letzten Jahren so zugenommen wie der Fahrradverkehr. Das strahlt auch in den Bereich „Wohnen“ aus, denn irgendwo müssen die Drahtesel bleiben, wenn keiner im Sattel sitzt. Die Orientierungshilfe zum Berliner Mietspiegel, „bestraft“ deshalb Vermieter, die überhaupt keine Fahrradabstellplätze anbieten, mit einem Minuspunkt. Einen Pluspunkt erhält derjenige, der mit der (Fahrrad-) Zeit geht. Obwohl es dann doch nicht so einfach ist, wenn man sich die Rechtsprechung der Berliner Gerichte dazu ansieht. Fahrradabstellplatz ist eben nicht gleich Fahrradabstellplatz. Ein paar niedrige Stahlbügel reichen für einen Pluspunkt nicht aus, meint das LG Berlin jetzt. Komfort muss sein. Wir haben die neue und ältere Entscheidungen für unsere Leser zusammengestellt (Seite 1035).